

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 12. Februar 2022 · Nr. 36 / 6 R0

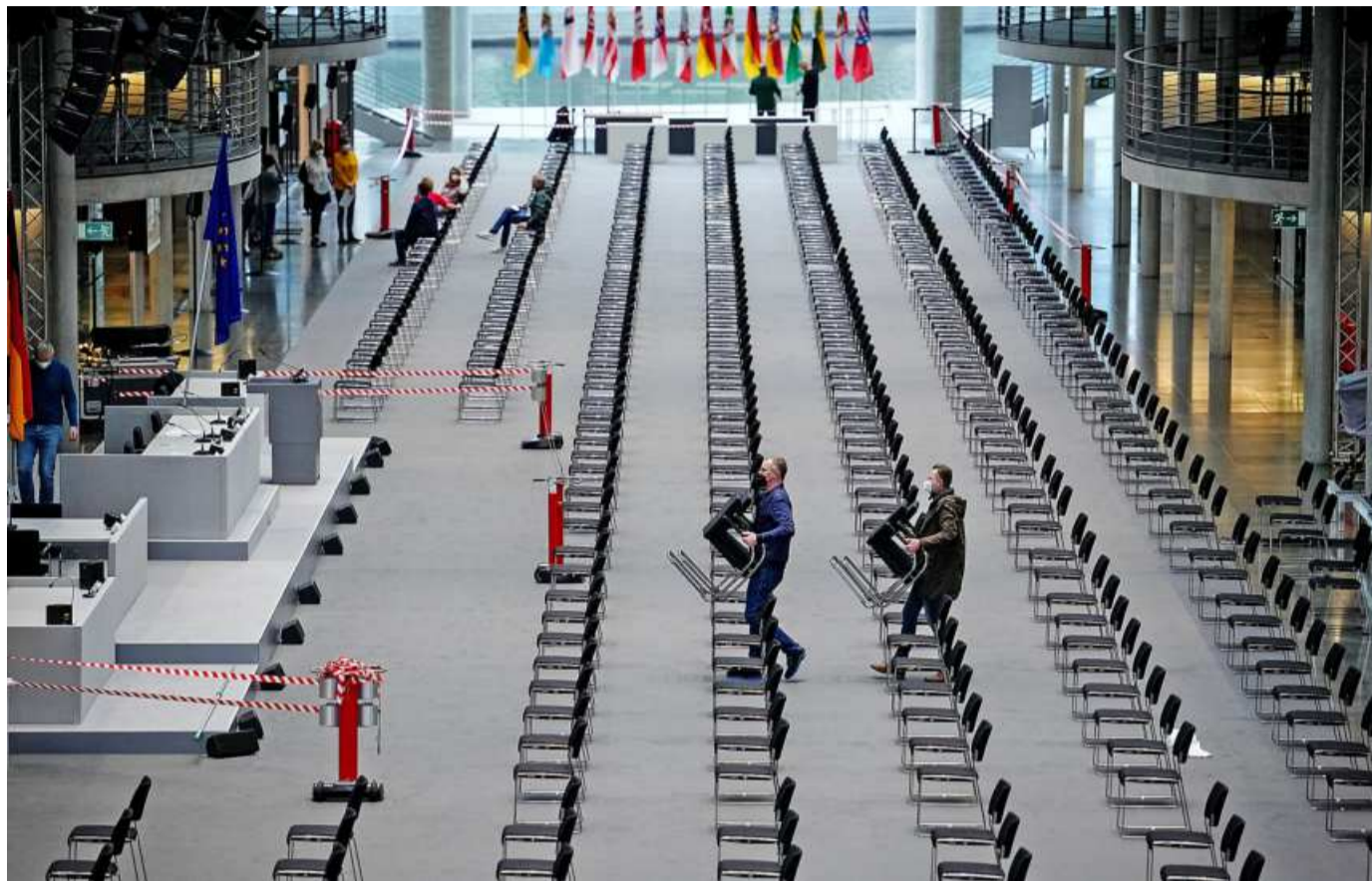
HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,40 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Blienert: Bier und Wein erst ab 18 Jahren

F.A.Z. FRANKFURT. Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Burkhard Blienert (SPD), will das Erbsalter für Alkohol heraufsetzen. „Die Wissenschaft sagt uns, dass es nicht vernünftig ist, Bier und Wein an Minderjährige zu verkaufen“, sagte Blienert der Zeitung „Welt“. Daher wolle er das Erbsalter für Bier, Wein und Schaumwein von 16 auf 18 Jahre erhöhen. Andere Länder hätten damit gute Erfahrungen gemacht. „Die Verfügbarkeit ist zu niedrigschwellig“, sagte Blienert. „Was jedenfalls so gar nicht geht, ist das sogenannte begleitete Trinken.“ Laut Jugendschutzgesetz dürfen Jugendliche von 14 Jahren an im Beisein eines Sorgeberechtigten Bier, Wein oder Schaumwein trinken. Insgesamt gebe es beim Umgang mit Tabak und Alkohol „großen Nachholbedarf“, sagte Blienert. Die FDP begrüßte den Vorstoß. Viel zu oft würden die gesundheitlichen Folgen von Alkoholkonsum verharmlost, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der Partei, Kristine Lütke, der Zeitung „Rheinische Post“. Kritik kam von der Union. Der gesundheitspolitische Sprecher Tino Sorge (CDU) warnte bei der Neuregelung des Verkaufs von Bier oder Wein an junge Menschen vor Aktionismus. (Kommentar Seite 10.)

Letzte Vorbereitungen



Beobachtender Mahner: Am Sonntag dürfte Frank-Walter Steinmeier mit großer Mehrheit wieder zum Bundespräsidenten gewählt werden. Die Stühle im Paul-Löbe-Haus jedenfalls warten schon auf die 1472 Mitglieder der Bundesversammlung. Die anderen Kandidaten von der Partei Die Linke,

der AfD und den Freien Wählern haben angesichts der Mehrheitsverhältnisse keine Chance. So wird Steinmeier also aller Voraussicht nach auch weiterhin für die Stabilität der deutschen Demokratie kämpfen und an die Lehren aus der Vergangenheit erinnern. **Seite 3**

Foto dpa

Für Freiheit und Leben

Von Reinhard Müller

Den Weg zurück in die Freiheit muss die Politik stets im Blick haben, denn das ist der Normalzustand. Sie darf aber auch den Schutz des Lebens nicht vernachlässigen. Die Infektion mit dem Coronavirus auch in seiner milden Variante ist weiterhin kein Akt freiwilliger Selbstgefährdung, dessen Kosten die Allgemeinheit wie bei Rauchern, Trinkern oder Risikosportlern zu tragen hat. Millionen sind in kurzer Zeit tatsächlich oder potentiell betroffen.

Neben Lockerungen muss deshalb weiter auf Schutz und damit auf das Impfen gesetzt werden. Wenn ein gestufter „Impfmechanismus“ seinen Zweck erfüllt, muss von einer Pflicht weder gesprochen noch müsste sie durchgesetzt werden. Dass sie aber verfassungsrechtlich möglich ist, hat das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf die besonders gefährdeten Gruppen in seiner Eilentscheidung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht jetzt deutlich gemacht. Obwohl es erhebliche Zweifel in der dem Robert-Koch-Institut übertragenen Rolle sieht – eigentlich muss das

Wesentliche der Gesetzgeber selbst regeln –, hat die beschlossene Impfpflicht Bestand. Die Karlsruher Richter verschweigen keineswegs den nicht unerheblichen körperlichen Eingriff, stellen dem aber im Rahmen ihrer Folgenabwägung das Szenario für den Fall entgegen, dass die Impfpflicht in Pflegeeinrichtungen für grundgesetzwidrig erklärt worden wäre. Dann wären die Kosten für Leib und Leben deutlich höher gewesen. Man kann darin durchaus schon erkennen, wie die Abwägung auch in der Hauptsache ausgeht: zugunsten einer Impfpflicht, wohl auch einer allgemeinen.

Dazu muss der Gesetzgeber allerdings seine Hausaufgaben machen. Er muss Farbe bekennen. Er muss selbst Verantwortung übernehmen. Er darf sich nicht drücken. Er kann sich schließlich ermutigt fühlen, auch unbequeme Entscheidungen zu fällen. Jedenfalls muss jetzt Vorsorge getroffen werden, damit möglichst bald alle Beschränkungen fallen können. Auch hier geht es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Gegen die eigenen Bürger

Von Reinhard Veser

Im Konflikt des Westens mit Russland schlagen die Regierungen Polens und Ungarns sehr verschiedene Töne an. Während Polen eine härtere Linie gegenüber Moskau fordert, präsentiert sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán als Freund Wladimir Putins. Ihrem Bündnis innerhalb der EU tut dieser Gegensatz nichts: Warschau und Budapest werden weiter gegen die Versuche der EU zusammenhalten, sie zur Achtung des Rechtsstaats und demokratischer Prinzipien zu bewegen.

Die Unterschiede gegenüber Moskau sind historisch begründet. Zwar haben auch die Ungarn schlechte Erfahrungen mit Russland gemacht, aber sie sind nicht wie die Polen in Aufständen gegen das Zarenreich zur modernen Nation geworden. Und anders als Ungarn ist Polen durch seine Lage direkt von der russischen Politik betroffen. In Polen herrscht ein Konsens, dass die größte Gefahr für das Land von Russland ausgeht.

Doch die polnische Rechte sieht ebenso wie die ungarische Rechte die Nation und deren Identität auch durch die EU gefährdet. Das geteilte Verständnis dieser Begriffe wiegt für sie schwerer als der Gegensatz in der Russlandpolitik. Daher hofft man in der polnischen Regierungspartei PiS auf einen Sieg Marine Le Pens bei der Präsidentenwahl in Frankreich, trotz ihrer krenelfreundlichen Haltung. Davon erwartet man sich ein Ende der aktuellen EU-Politik, von der behauptet wird, sie solle Europas Völker mit Gewalt von ihren Wurzeln trennen.

Es ist kein Zufall, dass zwei ehemals sozialistische Staaten die ersten EU-Mitglieder sind, in denen Parteien mit solchen Positionen die Politik bestimmen. Aber es wäre falsch, darin ein Zeugnis der Unreife junger Demokratien zu sehen. Solcher Hochmut ist unangebracht, und er ist Teil des Problems. Der Nährboden für den Aufstieg der PiS in Polen und von Orbáns Fidesz in Ungarn ist dem ähnlich, auf dem entsprechende Kräfte auch in Westeuropa gedeihen. Sie erreichen Wähler, die Verlierer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Umbrüche sind oder sich als solche fühlen.

Spezifisch ostmitteleuropäisch ist, dass die Menschen nach dem Ende des Kommunismus Veränderungen erlebt haben, die in ihrem Leben fast alles durcheinandergeworfen haben. Entwicklungen, die auch Westeuropas Gesellschaften zu schaffen machen, waren dort schneller, härter und tiefgreifender – außerdem kamen sie gleich nach dem Sturz einer Diktatur, die wirtschaftliche Ruinen hinterlassen, jede Diskussion unterdrückt und das Misstrauen aller gegen alle gefördert hatte.

Typisch für die Region ist auch der Weg Orbáns vom antikommunistischen Liberalen zum Rechtsnationalen. Gegner der Diktatur mussten mit ansehen, wie einstige Parteifunktionäre an die Macht zurückkehrten, sich bereicherten und im Westen freundlich aufgenommen wurden, weil sie nun europäische Glaubensbekenntnisse so routiniert wie einst die kommunistischen Parolen herunterbeteten. Das schien ein altes Misstrauen in die Prinzipienfestigkeit des Westens zu bestätigen. Wenn Orbán sich heute als Retter des christlichen Abendlands aufspielt, dann ist das ein verzerrtes Echo jenes Freiheitspathos, mit dem verfolgte osteuropäische Oppositionelle in den Achtzigerjahren davon sprachen, die Ver-

Die EU wird nicht nur aus Russland autoritär herausgefordert, sondern auch aus ihrem Inneren.

teidigung europäischer Werte finde in ihren Ländern statt.

Die Wahlsiege der rechtsnationalen Kräfte in Ungarn und Polen waren eine Reaktion auf Korruptionsaffären der Postkommunisten, die Vernachlässigung sozialer Fragen und die herablassende Behandlung der neuen EU-Mitglieder als Schüler, die doch bitte lernen sollten, so zu werden wie der alte Westen. Aber diese Erklärung rechtfertigt weder Verstöße gegen die demokratischen Prinzipien, auf denen die EU gründet, noch den Bruch von Regeln, auf die sich alle Mitgliedstaaten selbst verpflichtet haben.

Der Erfolg der antieuropäischen Kräfte ist außerdem nur die halbe Geschichte. Die meisten der einstigen Regimegegner sind demokratischen Werten treu geblieben. Ostmitteleuropas Gesellschaften haben in den vergangenen dreißig Jahren eine bewundernswerte Fähigkeit gezeigt, mit Herausforderungen umzugehen. Es wäre an den Westeuropäern, von ihnen zu lernen.

PiS und Fidesz kämpfen nicht nur gegen die EU, sondern vor allem gegen jenen Teil der Gesellschaft ihrer Länder, der für diese Erfolgsgeschichte steht. Wenn sie die von ihnen betriebene Politisierung der Justiz und Aushöhlung der Demokratie mit nationaler Souveränität rechtfertigen, geht es in Wirklichkeit darum, eigenen Bürgern die Chance zu nehmen, eine andere Idee von der Zukunft ihres Landes zu verwirklichen. Die EU muss deshalb nicht nur gegenüber der autoritären Bedrohung von außen, sondern auch gegenüber der autoritären Herausforderung von innen standhaft sein.

Heute mit Magazin



Mit Reisen nach Italien, Mode aus Paris, Fotos von Griechenland, Essen aus dem Rheinland

Kochen ist mehr als Kunst

So lernt man Respekt, Demut und Lebenslektionen: ein Tag in der Küche des Frankfurter Zwei-Sterne-Lokals „Lafleur“. **Feuilleton, Seite 14**

Sein letzter Ritt

Snowboarder Shaun White gehörte zu den größten Stars des Wintersports. Er beendet seine Karriere mit Platz vier. **Sport, Seite 40**

Reden über Leben und Tod

Einsler-Abi, gute Operationen – das macht einen erfolgreichen Arzt aus. Oder? Zu kurz kommt das Thema Gesprächsführung. **Beruf und Chance, Seite C 1**

Briefe an die Herausgeber, Seite 36

Londoner Polizeichefin tritt zurück

G.T. LONDON. Die Chefin der Metropolitan Police, Cressida Dick, hat überraschend ihren Rücktritt erklärt. Damit kam sie am Freitag mutmaßlich ihrer Entlassung durch den Londoner Bürgermeister Sadiq Khan zuvor, der seinen Unmut über sie öffentlich kundgetan hatte. Dick stand zwar schon seit mehreren Monaten in der Kritik, weil sie nur unzureichend gegen eine „toxische Kultur“ in der Polizeibehörde vorgegangen war. Trotzdem hatte die Innenministerin ihren im April auslaufenden Vertrag im vergangenen Jahr um zwei Jahre verlängert. (Siehe Seite 4.)

Bundeskanzler Scholz stellt Lockerungen in Aussicht

Karlsruhe billigt einrichtungsbezogene Impfpflicht / Allgemeine Pflicht ab Oktober?

F.A.Z. FRANKFURT. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will schon bald über Lockerungen der Corona-Einschränkungen sprechen. Wissenschaftliche Prognosen zeigten, dass der Höhepunkt der Omikron-Welle in Sicht sei, sagte Scholz am Freitag im Bundesrat. „Das erlaubt uns, beim Bund-Länder-Treffen nächste Woche einen ersten Öffnungsschritt und dann weitere für das Frühjahr in den Blick zu nehmen.“ Genauere Angaben machte er nicht. Die Regierung werde sich wie bisher von wissenschaftlichen Expertisen leiten lassen. „Denn wir wollen unseren Erfolg jetzt nicht aufs Spiel setzen“, sagte Scholz. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mahnte, überzogene Lockerungen würden die Pandemie nur verlängern; maßvolle Schritte

könnten bei der Bund-Länder-Runde aber durchaus beschlossen werden.

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht kippte die Begrenzung von Großveranstaltungen im Freien auf höchstens 500 Personen. Die Fußball-Drittligisten Eintracht Braunschweig, SV Meppen und VfL Osnabrück hatten gegen die Regel geklagt. Die Lüneburger Richter entschieden nun, dass eine starre Begrenzung auf maximal 500 Personen angesichts des Infektionsgeschehens unangemessen sei und unrechtmäßig in die Freiheit der Berufsausübung eingreife. Unter freiem Himmel gebe es zumindest an großen Veranstaltungsorten ausreichend Möglichkeiten, die erforderlichen Abstände einzuhalten. Über die Auslastung von Stadien sollen künftig von Fall zu Fall die örtlichen

Behörden entscheiden. In einem Eilbeschluss lehnte das Bundesverfassungsgericht ab, die von Mitte März an geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht vorläufig außer Kraft zu setzen. Gegen das Gesetz bestünden keine „durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken“. Zur gesetzlichen Regelung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht wurden weitere Vorschläge gemacht. Sieben Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und FDP legten einen Gesetzentwurf vor, dem zufolge die Krankenkassen zunächst bis 15. Mai alle Erwachsenen kontaktieren und über Beratungs- und Impfmöglichkeiten informieren sollen. Von Oktober an müssen dann alle Volljährigen ihren Impfschutz nachweisen. Die Union schlug zunächst den Aufbau eines Impfreisters vor. (Siehe Seite 2.)

Blinken: Invasion Russlands jederzeit möglich

Amerikanische Soldaten nach Rumänien / Keine Fortschritte bei „Normandie-Format“

F.A.Z. BANGKOK/BERLIN/BRÜSEL/FELZ/MOSKAU. US-Außenminister Antony Blinken hält eine Invasion Russlands in der Ukraine noch während der Olympischen Spiele in Peking für möglich. „Wir befinden uns in einem Zeitfenster, in dem ein Einmarsch zu jedem Zeitpunkt beginnen könnte“, sagte Blinken am Freitag bei einer Pressekonferenz in Melbourne. Die USA beobachteten besorgniserregende Zeichen einer russischen Eskalation, darunter neue Truppenaufmärsche an der Grenze. US-Präsident Joe Biden hatte am Donnerstag amerikanische Staatsbürger mit Nachdruck zum Verlassen des Landes aufgefordert. Falls es zu einer russischen Invasion kommen sollte, wäre ein Evakuierungseinsatz mithilfe von US-Truppen

undenkbar, so Biden in einem Interview. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teilte bei einem Besuch in Rumänien am Freitag mit, er erwarte, dass die Verteidigungsminister der Allianz kommende Woche einen Planungsauftrag für die Stationierung einer Battlegroup in Rumänien und möglicherweise in weiteren Staaten Südosteuropas erteilen. Derzeit verlegen die Amerikaner bereits tausend Soldaten mit Stryker-Radpanzern von Deutschland nach Rumänien.

Westliche Spitzenpolitiker vereinbarten für den späten Nachmittag kurzfristig eine Krisen-Telefonkonferenz. Teilnehmer sind nach Angaben aus Berliner und Pariser Regierungskreisen die Staats- und Regierungschefs der USA, Deutschlands, Frankreichs und einer Reihe wei-

terer Länder sowie die EU- und NATO-Chefs. In der Gesprächsrunde im sogenannten Normandie-Format hatte es zuvor keinen Durchbruch gegeben.

Ein für Anfang März geplantes Gespräch deutscher Unternehmenschefs mit Russlands Präsident Wladimir Putin stößt auf Kritik. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Lukas Köhler sagte der F.A.Z., angesichts der „unverhohlenen Drohungen Russlands gegen die Ukraine“ wäre es ein „angemessenes Signal in Richtung Putin gewesen, das diesjährige Treffen abzusagen und dem russischen Präsidenten keine hochrangige Plattform der Art zu bieten, wie er sie gewöhnlich für seine Propagandazwecke zu nutzen weiß“. (Siehe Seite 6 und Wirtschaft, Seite 21; Kommentar Seite 10.)

Galeria-Chef weist Kritik an Staatshilfe zurück

joja. DÜSSELDORF. Der Geschäftsführer der angeschlagenen Warenhauskette Galeria, Miguel Müllenbach, hat die abermalige Hilfe aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds in Höhe von 220 Millionen Euro verteidigt. Die Einlage sei nicht nur auf das „Risiko hin intensiv geprüft worden, sondern auch mit Sicherheiten hinterlegt und wird mit Zinsen zurückgezahlt“, sagte Müllenbach der F.A.Z. Kritik an der Finanzierung bezeichnete der Warenhauschef als „nicht faktenbasiert“. Angespant sei die Lage wegen der 2-G-Regeln, deren Abschaffung der Handel fordert. (Siehe Wirtschaft, Seite 30.)

Gold und Silber für Deutschland im Skeleton

F.A.Z. PEKING. Nach vier deutschen Siegen in den vier olympischen Rodelwettbewerben haben auch die deutschen Skeletonfahrer im Eiskanal von Yanqing Gold und Silber gewonnen. Christopher Grotheer lag nach vier Durchgängen am Freitag vor Axel Jungk und dem Chinesen Yan Wengang. Es waren die ersten Medaillen für die deutschen Skeleton-Männer bei Olympia. Im Eiskunslaufen wurde derweil der Dopingfall der Russin Kamila Walijewa offiziell bestätigt. Bei der 15-Jährigen war bereits im Dezember die verbotene Substanz Trimetazidin nachgewiesen worden. (Siehe Sport.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal (Cont.), Spanien 4,20 € / Griechenland, Kanaren, Malta, Niederlande, Zypern 4,30 € / Schweiz 5,40 sfrs

Ohne Ergebnis

Verhandlungen zur Ostukraine stagnieren

Von Johannes Leithäuser, Berlin, und Michaela Wiegel, Paris

Die präziseste Auskunft nach der zweiten Verhandlungsrunde im sogenannten Normandie-Format, in dem sich Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine um eine Friedenslösung für die Donbassregion bemühen, betraf am Freitag die Dauer des Treffens. Eine erste Gesprächsrunde hatte nach mehrjähriger Pause vor vierzehn Tagen in Paris stattgefunden, wo sich Jens Plötner und Emmanuel Bonne, die außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatspräsident Emmanuel Macron, mit dem russischen Ukrainebeauftragten Dmitrij Kosak und dem ukrainischen Präsidentenberater Andrij Jermak trafen. Vor zwei Wochen einigte sich die Runde nach mehr als sechs Stunden immerhin auf eine knappe Erklärung, die unter anderem die Verpflichtung enthielt, den Waffenstillstand entlang der sogenannten Kontaktlinie weiter einzuhalten, welche die Gebiete der Separatisten vom übrigen ukrainischen Staatsgebiet trennt.

Nach dem Berliner Treffen am Donnerstagabend verlautete lediglich, es habe neunehnhundert Stunden gedauert. Die Gespräche seien „schwierig“ gewesen, unterschiedliche Positionen, aber auch verschiedene „Lösungsoptionen“ seien deutlich herausgearbeitet worden. Alle Teilnehmer wollten allerdings an den Minsker Friedensvereinbarungen aus dem Jahr 2014/15 festhalten und weiter an deren voller Verwirklichung arbeiten. Die Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine waren damals unter Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Minsk zustande gekommen und später von den Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine um einen Ablaufplan ergänzt worden, der den Separatistengebieten einen autonomen Status gewähren, der Ukraine aber die Aufsicht über deren Grenze zu Russland zurückgeben soll.

Mehrfach berieten die beteiligten Staats- und Regierungschefs seither auf Gipfeltreffen über Details bei der Verwirklichung der Minsker Vereinbarungen; zuletzt trafen sie sich 2019 zu diesem Zweck. Die OSZE-Überwachungsmission, die Verstöße entlang der Kontaktlinie zwischen Separatisten und der regulären ukrainischen Armee registrieren soll, gab jüngst erst beim Besuch der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock in der Region an, auch kleine Vereinbarungen auf höchster Ebene hätten auf die Einhaltung des Waffenstillstands und die faktische Durchlässigkeit der Konfrontationslinie stets eine positive Wirkung.

In Paris hieß es am Freitag wie in Berlin, die Gespräche der Normandie-Runde seien „schwierig“ gewesen. Es seien zahlreiche Unstimmigkeiten bei den beiden Hauptthemen festgestellt worden. Dazu zählten auch Sicht des Elysée-Palastes die humanitären Begleitmaßnahmen wie der Gefangenen austausch sowie der Gesetzgebungsprozess in der Ukraine, um die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Als einziges positives Signal wurde vermerkt, dass der russische Unterhändler Kosak bereit war, die inhaltlichen Fragen zu erörtern. Das war in der langen Phase des Stillstands zwischen dem letzten Gipfeltreffen im Normandie-Format im Dezember 2019 in Paris und dem jüngsten Treffen auf Scharpaebene am 26. Januar in Paris nicht immer der Fall.

In Paris wurde vermerkt, dass der russische Unterhändler eine gemeinsame Erklärung verhindert habe, weil er darauf bestand, der ukrainischen Staatsführung direkte Verhandlungen mit den Separatisten im Osten der Ukraine aufzuzwingen. Deshalb hätten sich die Scharpas ergebnislos getrennt. Der Elysée-Palast betonte, dass Direktverhandlungen mit Separatisten eine „rote Linie“ für die Regierung in Kiew darstellten. In Paris verwies man darauf, dass die Minsker Vereinbarungen die von Moskau geforderten Direktverhandlungen eindeutig ausschließen. Präsident Emmanuel Macron hatte während seiner jüngsten Reise nach Kiew bereits betont, dass er in diesem Punkt voll auf der Seite Präsident Wolodymyr Selenskys stehe. Gespräche seien nur über die trilaterale Kontaktgruppe unter Einbindung der OSZE vereinbart. In Paris wurde die Hoffnung geäußert, dass die trilaterale Kontaktgruppe wie geplant in zwei Wochen zusammentrifft. Danach werde es neue Konsultationen im Normandie-Format geben.

Alles eine Frage der Reaktion

Trotz der russischen Drohmanöver beschwört Selenskij in der Ukraine eine gute Grundstimmung. Doch er selbst steht auch in der Kritik.

Von Gerhard Gnauck, Warschau

Auch wenn die halbe Welt sich Sorgen macht wegen eines möglichen russischen Angriffs auf die Ukraine: Im Lande selbst muss das Leben weitergehen. Staatspräsident Wolodymyr Selenskij weiß als ehemaliger Schauspieler, wie wichtig es ist, gute Stimmung zu erzeugen. Die russischen Drohmanöver trübten schon im vergangenen Frühjahr die Stimmung und tun dies jetzt im Winter noch stärker als damals. Das Land hat dennoch Erfolge vorzuweisen: So hat das Bruttoinlandsprodukt 2021 laut Regierung mit umgerechnet knapp 200 Milliarden Dollar den höchsten Stand der vergangenen dreißig Jahre erreicht, was vor allem an einer sehr guten Ernte liegen dürfte. Außerdem wurde in dieser Woche ein Projekt gestartet, das die Digitalisierung, ein Lieblingsvorhaben Selenskys, voranbringen und nach seinen Worten den Anteil der Informationstechnologien an der Wirtschaftsleistung auf zehn Prozent mehr als verdoppeln soll.

Ein nicht nur symbolischer Erfolg ist auch, dass die Ukraine im Januar erstmals seit Jahren wieder einen Satelliten, den Sitsch 2-30, fertiggestellt und ins Weltall geschickt hat; er soll Daten für Wissenschaft und Militär liefern. Der Staatspräsident weist auch gern auf sein Straßenbauprogramm „Der große Aufbau“ hin, das die großenteils marode Infrastruktur modernisieren soll. Das Beste, was die Wirtschaft heute tun könne, sei weiterzuarbeiten. „Ja, es gibt Risiken“, sagte Selenskij am Donnerstag vor ausländischen Unternehmern und erwähnte den „psychologischen Druck“ Russlands. „Die Frage ist, wie wir darauf reagieren.“

Doch ist vieles im Land nicht so gelaufen, wie es sich der politische Quereinsteiger nach seinen sensationellen Siegen in Präsidenten- und Parlamentswahlen 2019 wohl vorgestellt hatte. Zwar hat seine Partei „Der Diener des Volkes“ (der Name kommt von der Fernsehserie, in der Selenskij vor Jahren die Hauptrolle eines ukrainischen „Zufallspräsidenten“ spielte) die absolute Mehrheit im Parlament. Doch die seit Jahren laufenden Justizreformen, die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Korruption im Land sein müssten, sind nicht vollendet. So kann seit einhalb Jahren kein Chef für die Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft installiert werden.

Ramaphosa unter Druck

Südafrikas Präsident will mit einem „neuen Konsens“ die Krise im Land bekämpfen / Von Claudia Bröll, Kapstadt

Ein roter Teppich, stramme Militärparaden und 21 Salutschüsse: die „State of the Nation Address“ (SONA) ist jedes Jahr ein Höhepunkt im politischen Kalender in Südafrika. Auch in diesem Jahr brummt schon Tage zuvor Militärmaschinen zu Übungszwecken über Kapstadt. Schulen schlossen früher, weil Straßen in der Innenstadt gesperrt wurden. Und wie jedes Jahr fand ein Schaulauf der politischen High Society statt, die sich in eleganten Roben und afrikanischer Tracht bei strahlendem Sonnenschein den Kameras präsentierte.

Dennoch ist das Spektakel, mit dem traditionell die Parlamentssaison eröffnet wird, in diesem Jahr anders gewesen. Wegen des Parlamentsbrands Anfang des Jahres hielt der Präsident die Rede erstmals nicht in der Nationalversammlung, sondern im alten Kapstadt Rathaus. Dort hatte Nelson Mandela 1990, wenige Stunden nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis, seine erste Rede gehalten, eine Statue auf dem Balkon erinnert heute daran. Trotzdem sind einige in der nationalen Regierungspartei ANC eher unwillig an die historische Stätte gezogen. Das lag weniger am Gebäude als am Hausherrn. Kapstadt wird seit 1994 von der nationalen Opposition, der Democratic Alliance (DA), geführt, die noch dazu weithin als „weiße“ Partei betrachtet wird, Kapstadt hat einen „weißen“ Bürgermeister.

Solche Befindlichkeiten waren am Donnerstagabend vergessen, es Abgeordnete, Minister, der frühere Präsident Thabo Mbeki und andere Würdenträger auf engem Raum auf den Zuschauerängen Platz nahmen. Selbst die Mitglieder der Partei Economic Freedom Fighters (EFF), die während der Präsidentschaft von Jacob Zuma für Tumult im Parlament gesorgt hatten, verhielten sich ungewöhnlich ruhig. Für Ramaphosa war es der erste große Auftritt in dem bereits auf vollen Touren laufenden Wahlkampf. Ende des Jahres findet die ANC-Parteikonferenz statt, wo er sich abermals zur Wahl als Vorsitzender stel-



Neulich an der ostukrainischen Grenze

Zwar gibt es einen auf Herz und Nieren geprüften Kandidaten, doch hat die vom Parlament bestimmte Auswahlkommision ihn nicht ernannt. Kritiker sehen die Bremsen des Prozesses im Umfeld des Präsidenten. Die Botschafter der G-7-Staaten in Kiew haben die Verschleppung der Ernennung als „ungerechtfertigt und im Gegensatz zu den Verpflichtungen der Ukraine stehend“ kritisiert. Juristen aus westlichen Staaten sind bei den Auswahlverfahren im Justizsystem der Ukraine als Fachleute teilweise direkt beteiligt, um der Unparteilichkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Das erschien notwendig, weil sich manche „Richter und Staatsanwälte immer noch politisch instrumentalisieren lassen“, heißt es in einer neuen Studie der in Berlin ansässigen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) über die Ukraine unter Selenskij. Das sei vor allem der Fall, wenn sie davon persönlich profitieren wollten oder ihre Entscheidungen in der Bevölkerung populär seien. Andererseits neigten Richter manchmal auch zu „informellem Zusammenwirken“ mit anderen Gewalten im Staat. Nachdem das Verfassungsgericht der Auflösung des Parlaments 2019 mit der umstrittenen Begründung zugestimmt hatte, im damaligen Konflikt zwischen Selenskij und dem Parlament sollten die Wähler das letzte Wort haben, hatten manche Richter offenbar gehofft, dass sie im Gegenzug das Antikorruptionssystem zumindest punktuell

behindern könnten. Dann jedoch ging Selenskij, auch unter dem Druck internationaler Partner und der ukrainischen Öffentlichkeit, auf Konfrontationskurs und versuchte rechtswidrig, zwei der betreffenden Verfassungsrichter auszutauschen. „So ist das Verfassungsgericht heute weitgehend gelähmt“, sagt jetzt der Politologe Jurij Ruban von der Kiewer Schewtschenko-Universität der F.A.Z.

Um gegen mächtige Personen vorgehen zu können, die er als Gefahr für den Staat ansieht, greift Selenskij zu anderen Mitteln und Wegen. So hat er im vorigen Jahr ein Anti-Oligarchen-Gesetz durch das Parlament gebracht, das die Verquickung ökonomischer, politischer und medialer Macht eindämmen soll. Ein Vorgehen gegen die Oligarchen kam in dem Land bisher immer gut an. Noch ist es zu früh, um zu sagen, wie sich das Gesetz auswirken wird. Doch zugleich geht der Präsident anderweitig gegen einzelne Oligarchen vor: allen voran gegen Viktor Medwedtschuk, der auch einer der Führer der größten russlandfreundlichen Partei „Oppositionsplatform – Für das Leben“ ist. Er wurde per Gerichtsbeschluss in Kiew unter Hausarrest gestellt. Medwedtschuk gilt als „Putins Mann in der Ukraine“, war Unterhändler zwischen Kiew und Moskau und ist mit dem russischen Präsidenten seit Jahrzehnten persönlich befreundet. „Ich bin kein Anhänger von Med-

wedtschuk, aber das Vorgehen gegen ihn ist widerrechtlich“, urteilt Ruban. Auch das Verhängen von „Sanktionen“ gegen Personen wie Medwedtschuk mit Absegen des Nationalen Sicherheitsrats sei höchst problematisch.

Ein anderer Gegner, den Selenskij im Visier hat, ist sein Vorgänger im Amt, der Unternehmer, Wahlkampfgegner von 2019 und heutige Oppositionsführer Petro Poroschenko. Gegen ihn wurde im Dezember Anklage erhoben: Er soll 2014 die (aufgrund der beginnenden Kriegssituation illegalen) Kohlelieferungen aus der Donbass-Region im Osten in die Kernukraine geduldet haben.

Das Vorgehen gegen Oligarchen wertet die SWP als ungewöhnlich und als Beleg dafür, dass der politische Neuling Selenskij mehr auf populistische Effekte setzt als auf das Aushandeln von Kompromissen hinter den Kulissen, wie es viele seiner Vorgänger taten. Allerdings erwartet die Stiftung für die Ukraine „keinen Rückfall in den Autoritarismus“. Die politischen, wirtschaftlichen und damit auch medialen Kräfte seien nach wie vor auf verschiedene Gruppen verteilt. Aber das „Turboregime“, das von Selenskij anfangs propagierte schnelle Durchregieren, ist ins Stocken geraten. Im Herbst 2023 sind Parlamentswahlen. Seit 1991 haben die Ukrainer immer wieder die Möglichkeit genutzt, einen Präsidenten oder eine Regierung ganz demokratisch abzuwählen.



Cyril Ramaphosa am Donnerstag Foto AFP

len muss. Behält er den Parteivorsitz, könnte der Weg zu einer weiteren Amtszeit als Staatspräsident nach den Parlamentswahlen 2024 geebnet sein. Doch nicht nur innerhalb der eigenen Partei ist Ramaphosa, dessen Amtsantritt 2018 noch eine „Ramaphoria“ ausgelöst hatte, stark unter Druck. Er wird den Ruf nicht lassen, Reformen hinauszuzögern, um den ANC nicht zu entzweien und um selbst in der Partei nicht weiter an Rückhalt zu verlieren. Der Balanceakt wurde auch in der Rede deutlich.

Aus der Krise im Land machte er keinen Hehl. „Das Feuer im Parlament war für viele symbolisch für die Verwüstungen durch die Corona-Pandemie, die steigende Arbeitslosigkeit, die verschärfte Armut und die hohe Ungleichheit in unserem Land.“ Er erinnerte zudem an die schweren Unruhen im Juli vergangenen Jahres, während der mehr als 300 Menschen ihr Leben verloren, und zitierte seinen Vor-

gänger Mbeki: „Schwierige Zeiten erfordern Mut und Widerstandsfähigkeit.“ Im Kampf gegen die Korruption und beim Wiederaufbau des Vertrauens in den Staat müssten nun alle zusammenstehen. Solche Sätze erinnerten an frühere Reden, wiederholt fielen Begriffe wie „sozialer Zusammenschluss“ und „Konsens“, auch wenn Ramaphosa diesmal einen „neuen Konsens“ daraus machte.

Der Präsident machte aber auch einige konkrete Aussagen, kündigte unmissverständlich einen Schwenk zu einem wirtschaftsfreundlicheren Kurs an. Ungeachtet von einigen Buhrufen aus dem Publikum sagte er, der Staat müsse ein Umfeld schaffen, damit der Privatsektor investiere, denn „nicht der Staat schafft Arbeitsplätze“. Insbesondere bürokratische Hürden müssten fallen. Mit der Aufgabe beauftragte er Siphonkosi, einen angesehenen Geschäftsmann. Weitere Unterstützung aus der Wirtschaft holte er sich mit Daniel Mminele, dem früheren Vizegouverneur der Zentralbank und ehemaligen Chef der Absa-Bank. Mminele soll sich um die Milliardenhilfen kümmern, die Deutschland und andere Staaten Südafrika auf der Klimaschutzkonferenz in Glasgow für eine Energiewende in Aussicht gestellt hatten.

Aufmerken ließ auch die Ankündigung, alle Staatskonzerne zu überprüfen, ob sie „behalten, zusammengelegt oder veräußert“ werden sollten. Mit Letzterem wäre im ANC ein Tabu gebrochen. Die lange erwartete Aufspaltung des Energiekonzerns Eskom soll nun bis Ende des Jahres erfolgen. Der Staatskoloss ist nicht nur hoch verschuldet, sondern kann die Stromversorgung nicht mehr garantieren. Wenige Tage vor der Rede wurde wieder einmal der Strom in vielen Teilen des Landes für einige Stunden abgeschaltet. Ramaphosa versprach zudem, die vielerorts zerfallende Infrastruktur auszubessern und insbesondere Kupferkabeldieben und Saboteuren das Handwerk zu legen. Sie bringen seit Jahren weite Teile des Bahnverkehrs zum Erliegen.

Um den Ärmsten zu helfen, sicherte er eine Verlängerung einer Nothilfe von monatlich umgerechnet 20 Euro bis März 2023 zu. Einen Einkommenszuschuss für alle, über den zuvor viel diskutiert worden war, wird es wegen leerer Staatskassen nicht geben. Die Arbeitslosigkeit in Südafrika ist auf einen Rekordwert geklettert. Mehr als jeder Dritte ist arbeitslos gemeldet, die tatsächliche Erwerbslosenzahl liegt deutlich höher.

Seit Ramaphosas Amtsantritt wartet man in Südafrika gespannt auf eine Aufarbeitung der mit Korruptionsskandalen gespickten Zuma-Ära. Eine Untersuchungskommission legte bisher den zweiten von drei Abschlussberichten vor. Niemand wurde vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Ramaphosa, der in der Zeit Vizepräsident war, kündigte nun bis Juni einen Plan an, wie auf die Empfehlungen der Kommission reagiert werde. „Unsere öffentlichen Institutionen und Staatskonzerne wurden von einem kriminellen Netz infiltriert“, resümierte er. Die Kriminellen müssten zur Verantwortung gezogen werden.

Die Reaktionen auf die Rede fielen am Freitag gemischt aus. Während EFF-Chef Julius Malema unverblümt von „Verrat“ sprach, nannte der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Democratic Alliance, John Steenhuisen, den wirtschaftsfreundlichen Kurs „lobenswert“. Es handle sich um eine deutliche Abkehr von der bisherigen Parteilinie, doch auf die Umsetzung komme es an. Analysten und Wirtschaftsverbände wiederum hatten auf weiter gehende Reformen erhofft.

Am Ende der zwei Stunden langen Rede schlug Ramaphosa abermals den Ton als väterlicher Staatsmann an, als er an die Solidarität und den „neuen Konsens“ in Südafrika appellierte. „Wir standen schon einmal am Rande des Abgrunds und haben uns gerettet. Jetzt müssen wir es wieder tun.“ Alle müssten mitmachen, jetzt sei die Zeit, „niemanden zurückzulassen“. In der kommenden Woche werden die Abgeordneten über die SONA 2022 debattieren.

Mexiko will eine Pause

López Obrador teilt gegen Spanien aus

Tjerk Brühwiller und Hans-Christian Rößler

SÃO PAULO/MADRID. Mexikos Präsident Andrés López Obrador spricht gern. Praktisch jeder seiner Arbeitstage beginnt mit einer Pressekonferenz, die meist schon eine Stunde später in Vergessenheit gerät. Anders sein Auftritt am Mittwoch, als López Obrador „eine Pause in den Beziehungen zu Spanien“ anregte. Die Äußerungen schlugen sofort hohe Wellen auf beiden Seiten des Atlantiks. Tags darauf musste López Obrador sich erklären. Er habe nicht von einem Bruch der Beziehungen gesprochen, sondern von einem „brüderlichen Protest“. Doch praktisch im selben Atemzug holte er zu einem Rundumschlag gegen die spanischen Unternehmen in Mexiko aus, die „während der neoliberalen Zeit“ mithilfe der Politik „unser Land und unser Volk missbraucht“ hätten.

Die offizielle Reaktion des spanischen Außenministeriums war deutlich. Die Regierung in Madrid weist „die gegen Spanien und spanische Unternehmen ausgesprochenen Disqualifizierungen kategorisch zurück“. Man lege Wert darauf, dass die Beziehungen zur „Schwesternation“ auf „gegenseitigem Respekt beruhen, so wie es die Spanier und Mexikaner wollen, ohne diese Art von Demonstrationen“, teilte das Außenministerium am Donnerstagabend in einer Erklärung mit. In Brüssel sagte der spanische Außenminister José Manuel Albares, dass die spanische Regierung keine Maßnahmen ergreifen habe, die eine solche Erklärung rechtfertigen würden. Laut Presseberichten telefonierte Albares inzwischen mit seinem mexikanischen Kollegen.

In Mexiko wie in Spanien erinneren Ökonomen an die engen Bindungen zwischen beiden Ländern: Mehr als 175.000 Spanier leben in Mexiko, fast 30.000 Mexikaner in Spanien. Wirtschaftlich sind beide Staaten eng verflochten. Nach den Vereinigten Staaten ist Spanien mit rund 7000 Unternehmen der zweitgrößte Investor in Mexiko, der mehr als 300.000 Arbeitsplätze schafft. Nach Regierungsangaben aus Madrid belaufen sich die spanischen Investitionen auf mehr als 70 Milliarden Euro und die mexikanischen in Spanien auf mehr als 25 Milliarden Euro. Einige spanische Unternehmen haben in Mexiko eine überaus wichtige Stellung. Die spanischen Banken BBVA und Santander sind die beiden größten in Mexiko. Im Bereich der Telekommunikation ist Telefónica Movistar die Nummer zwei im Land. Iberdrola ist der größte private Stromproduzent. Und im ganzen Land sind 250 Tankstellen von Repsol anzutreffen.

Spaniens Unternehmen sind aus Mexiko nicht wegzudenken. Doch López Obrador sieht sie offenbar als großes Übel. Bei seinen jüngsten rhetorischen Angriffen erwähnte der Präsident ausdrücklich den Energieversorger Iberdrola, den Baukonzern OHL und den Erdölkonzern Repsol und unterstellte ihnen pauschal Vernetzung. Jeder seiner Vorgänger habe ein spanisches „Lieblingsunternehmen“ gehabt, das Subventionen erhalten habe, die nicht zum Wohle der armen Bevölkerung eingesetzt worden seien, sagte López Obrador. Beispielsweise kritisierte er Iberdrola, das unter der Regierung von Felipe Calderón „zu einer Art Monopol in Mexiko wurde und eine privilegierte Behandlung erhielt“ und Calderón später in den Aufsichtsrat aufgenommen habe.

Um die Äußerungen von López Obrador einzuordnen, hilft ein Blick auf den Kontext. Der mexikanische Präsident sprach in der besagten Pressekonferenz eigentlich über eine Energiereform, die seine Regierung vorantreibt und die auf eine stärkere Rolle des Staates und weniger Einfluss der Privatwirtschaft abzielt. López Obrador bemüht sich zudem, alle Laster des Landes den konservativen Vorgängerregierungen und dem „Neoliberalismus“ zuzuschreiben. Gleichzeitig pflegt er eine anticoloniale Rhetorik, womöglich um Mexikos Führungsanspruch in Lateinamerika zu markieren. Eines der bevorzugten Angriffsziele ist deshalb Spanien: Schon vor einiger Zeit forderte López Obrador den spanischen König Felipe VI. und Papst Franziskus dazu auf, sich für die Eroberung des Aztekenreiches und die Unterwerfung der Indigenen vor 500 Jahren zu entschuldigen. Während der Papst anlässlich des 200. Unabhängigkeitstags Mexikos um Entschuldigung gebeten hat, kommt aus Spanien weiterhin kein „Perdón“. Auch jetzt erinnerte López Obrador an seine Forderung und warf Spanien einen „Mangel an Respekt“ vor: „Sie sollten sich entschuldigen, aber haben es nicht gemacht.“



Witz der Woche

Von Daniel Deckers

Wäre das Thema nicht so ernst, könnten die Einlassungen des neuen Drogenbeauftragten der Bundesregierung über die Verfügbarkeit von Alkohol und Tabak als Witz der Woche durchgehen. Es mag gute medizinische Argumente geben, das Erwerbsalter für Bier, Wein oder Zigaretten auf 18 Jahre zu erhöhen. Aber erstens ist es nicht so, dass auf dem Feld des Jugendschutzes unter den Vorgängerregierungen nicht schon viel geschehen wäre. Und zweitens wäre noch mehr gewonnen, wenn man die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit dieser Produkte etwa an Tankstellen auf die allgemeinen Ladenschlusszeiten beschränken würde.

Wenn es für etwas noch viel bessere medizinische Argumente gibt, dann dafür, auf die Legalisierung von Cannabis zu verzichten. Der SPD-Mann Blienert müsste allerdings sein Ohr nicht den Pressure-Groups in den Regierungsparteien und in den Startlöchern stehenden Lobbyisten der Kiffer-Industrie leihen, sondern sich in den Suchtthemen umschauen und in den jugendpsychiatrischen Stationen umhören. Wenn in Deutschland die Behandlungsnachfrage im Suchtbereich explosionsartig gestiegen ist, dann dort, wo Cannabis im Spiel ist. Und es sind die Kinder- und Jugendpsychiatern, die es Tag für Tag mit den Opfern einer vermeintlich liberalen Politik zu tun haben, in der es seit Langem zum guten Ton gehört, die Risiken des Cannabisgebrauchs ins Lächerliche zu ziehen.

Konstruktionsfehler

Von Reinhard Veser

Jede Ankündigung ist gut, es werde weitere Treffen zum Konflikt zwischen Russland und der Ukraine unter Beteiligung Moskaus geben. So lange die russische Führung sich zu Gesprächen bereit zeigt, ist ein Angriff auf die Ukraine etwas weniger wahrscheinlich, wenn auch nicht ausgeschlossen. Daher ist es ein kleines Hoffnungszeichen, dass die Unterhändler im Normandie-Format aus Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland im März wieder zusammenkommen sollen. Mehr als die Fortsetzung von Gesprächen um der Gespräche willen sollte man allerdings auch von den nächsten Treffen zur Verwirklichung der Minsker Vereinbarungen nicht erwarten.

Dieses Abkommen kann der Ukraine keinen Frieden bringen, solange sich in Moskau die Politik nicht grundsätzlich ändert. Es hat den Konstruktionsfehler, dass Russland darin nicht als Konfliktpartei vorkommt, sondern als Vermittler auftritt. Das war im Februar 2015 der Preis dafür, einen für die Ukraine existenziell bedrohlichen Vormarsch russischer Truppen im Donbass aufzuhalten. Heute dient das Russland als Argument, bei Normandie-Treffen nicht über seine zahlreichen Brüche des Abkommens zu reden, während die Unterlassungen Kiew immer auf der Tagesordnung stehen. Dass man dennoch an den Minsker Vereinbarungen festhalten sollte, hat nur einen, aber starken Grund: Es gibt nichts anderes.

Die Einheit des Staates

Das Amt des Bundespräsidenten – und seine Grenzen

Von Reinhard Müller

Haben wir eine Wahl? Nein, haben wir nicht. Das Staatsoberhaupt wird am Sonntag nicht von den Staatsbürgern direkt gekürt – obwohl das immer wieder einmal gefordert wurde, auch von Bundespräsidenten selbst. Es tritt vielmehr die Bundesversammlung zusammen, ein Kurationsorgan, das nur einen Zweck hat: die Wahl des Präsidenten.

Die Wahl und das Amt entstanden aufgrund der Weimarer Erfahrungen. Es war gerade der unmittelbar vom Volk gewählte und mit umfangreichen Befugnissen ausgestattete Reichspräsident, den man nach dem Krieg so nicht wieder wollte. Man wollte keinen Gegenspieler zum Parlament, der es auflösen und mit Notverordnungen regieren konnte und auch noch den Oberbefehl über die Streitkräfte innehatte. Ein Ersatzkaiser war nicht mehr erwünscht, der Bedarf an Hindenburgs war gedeckt.

Der Präsident aber sollte erhalten bleiben. Es ist nicht so, dass das Amt „auf vor allem geistig-moralische Wirkung angelegt“ wäre. Natürlich kann das Staatsoberhaupt durch Reden und Strippenziehen einiges bewirken, je nach Persönlichkeit und Umständen. Doch sind seine ausdrücklichen, ihm vom Grundgesetz zugewiesenen Befugnisse auch nicht gering.

Der Bundespräsident ist Verfassungsorgan. Er verkörpert die Einheit des Staates und vertritt Deutschland völkerrechtlich nach außen. Damit ist zwar keine außenpolitische Gestaltungsmacht gemeint. Immerhin hat aber etwa Joachim Gauck einst harsche Kritik an der türkischen Regierung geäußert und persönlich die Olympischen Spiele in Sotchi „boycottiert“.

Wie bei der Ernennung von Beamten, Offizieren und Ministern – bis hin zum Bundeskanzler, den der Bundespräsident auch vorschlägt, ist das immerhin eine Mitwirkung. Der Präsident ist nun nicht zur Personalpolitik berufen, er ist aber auch kein bloßes Vollzugsorgan.

Er könnte auch eine Ernennung ablehnen. Jedenfalls dann, wenn er die gesetzlichen Voraussetzungen als nicht gegeben ansieht. Wie bei den Gesetzen, die

der Bundespräsident ausfertigt, könnte man fragen, ob es einem der Hüter der Verfassung zuzumuten ist, an einem ihm evident verfassungswidrig erscheinenden Vorgang mitzuwirken.

Immerhin ließ das Bundespräsidialamt unter Horst Köhler 2005 der designierten Bundeskanzlerin Merkel mitteilen, sie möge bitte ihre Ankündigung revidieren, sie werde einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen; der Bundespräsident könne niemanden zur Wahl vorschlagen, der einen Verfassungsbruch beabsichtige. Merkel folgte.

Immer wieder haben Bundespräsidenten auch Gesetze nicht ausfertigt, weil sie sie für verfassungswidrig hielten (was manche Parteifreunde in Regierung und Parlament in Wallung brachte), oder sie

meldeten Bedenken an, und sie gingen vor das Bundesverfassungsgericht. Auch Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier meldete mehrfach verfassungsrechtliche Zweifel an.

Aber auch der Bundespräsident selbst war schon mehrfach Gegenstand von Verfahren in Karlsruhe. Denn natürlich steht auch der Bundespräsident im Gefüge des Grundgesetzes, nicht über ihm. Karl Carstens und Horst Köhler etwa hatten nach „Vertrauensfragen“, die angezweifelt wurden, den Bundestag aufgelöst – das Bundesverfassungsgericht sah aber keinen Verfassungsverstoß. Der Präsident, so die Karlsruher Richter 2005, treffe die Entscheidung, den Bundestag aufzulösen, „als politische Leitentscheidung in eigener Verantwortung nach

pfllichtgemäßem Ermessen“. Eine solche Entscheidung, der immerhin auch die des Bundeskanzlers und des Bundestages vorausgegangen waren, sei nur eingeschränkt überprüfbar.

Das Verfassungsgericht achtet auch sonst – auf Antrag – auf die Grenzen des Amtes auch des Staatsoberhaupt. Als Bundespräsident Joachim Gauck vor Berufungsschülern mit Blick auf die NPD davon sprach, den „Spinnern“ ihre Grenzen aufzuweisen, wirkte er, so die Bundesverfassungsrichter „im Sinne der Integration des Gemeinwesens“. Er entscheide autonom, wie er seine Rolle ausfülle. Der Bundespräsident sei kein politisch indifferentes „Amtswalter“, sondern repräsentiere „Staat und Volk“. Damit sei er bei der Wahl seiner Themen ebenso frei wie in der Art der Kommunikation. Nur wenn der Präsident „unter evidenter Vernachlässigung seiner Integrationsaufgabe und damit willkürlich Partei ergreift“, seien seine Äußerungen vom Bundesverfassungsgericht zu beanstanden.

Der Präsident kann also vom Bundesverfassungsgericht grundsätzlich in die Schranken verwiesen werden; verlieren kann er sein Amt nur im Wege der mit hohen Hürden verbundenen Präsidentenanklage. Abwählen kann man ihn nicht.

Der Bundespräsident hat also durchaus Mittel und Wege, eine eigene Agenda zu verfolgen. Populär wird er meist gerade durch die Abgrenzung von politischen Parteien, denen er entsprungen ist. So entspricht seine Wahl durch die Bundesversammlung, also durch die Bundestagsabgeordneten und eine gleiche Zahl von Vertretern der Länder, ganz gut seiner Stellung. Er ist Teil des Systems. Eine Direktwahl würde das tatsächliche Machtgefüge zugunsten des Präsidenten verschieben. Er könnte dann unter Berufung auf seine unmittelbare demokratische Legitimation (wieder) zum Gegenspieler des Parlaments werden.

In seinem Amt als die Verkörperung der Einheit des Staates wie in seiner Kür am Sonntag schwingt freilich immer noch etwas Vordemokratisches. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.



Herzogin CAMILLA

Foto dpa

Mit Charles seelenverwandt

Es war ein weiter Weg für sie und auch ein sehr beschwerlicher. In den Neunzigerjahren galt Camilla Parker Bowles noch als die meistgehasste Frau des Vereinigten Königreichs, inzwischen haben sich die Briten aber mit ihrer womöglich künftigen Königin ausgesöhnt. Besonders beliebt ist die Herzogin von Cornwall, die zweite Frau von Thronfolger Prinz Charles, noch immer nicht, aber sie hat sich auf Platz elf in der aktuellen Beliebtheitskala der Royals vorgearbeitet – noch zwei Plätze hinter ihrem Stiefsohn Prinz Harry, aber vor den Töchtern von Prinz Andrew, Eugenie und Beatrice, und auch vor Harrys Frau Meghan, der Herzogin von Sussex.

Charles und Camilla kennen sich seit mehr als 50 Jahren. Sie waren schon ein Paar, bevor die Sechszwanzigjährige 1973 den Kavallerie-Offizier Andrew Parker Bowles heiratete, der zuvor kurze Zeit mit Charles' Schwester Prinzessin Anne liiert war. Charles wiederum wurde Patenonkel ihres Sohns Thomas Parker Bowles. Zudem hat sie noch die Tochter Laura. Camilla selbst ist durchaus adelig und eine Nachfahrin des englischen Königs Karl II. (1630 bis 1685). Ihre Urgroßmutter Alice Keppel war zudem eine Mätresse von Eduard VII., dem Ururgroßvater von Prinz Charles.

Warum Charles nicht schon Anfang der Siebzigerjahre Camilla, sondern 1981 Diana heiratete, ist umstritten. Allerdings war der älteste Sohn der Königin damals noch sehr jung und Camilla eine eher spröde Schönheit. Trotzdem gelten die beiden als Seelenverwandte, mit denselben Interessen. Anders als Diana hat Camilla sich nie in den Vordergrund gespielt, auch als Frau des Thronfolgers kennt sie ihren Platz – stets ein paar Schritte hinter ihm. Dennoch wird Camilla für das Scheitern der Ehe von Charles und Diana und deren vorzeitigen Unfalltod verantwortlich gemacht. Diana nannte Camilla damals „den Rottweiler“, weil diese von Charles, wie ein Hund von seiner Beute, nicht lassen konnte.

Charles stand fest zu seiner großen Liebe und setzte die Ehe mit Camilla schließlich gegen letzte Widerstände durch. 2005, acht Jahre nach Dianas Tod, fand die Hochzeit von Charles und Camilla statt – ohne Königin Elisabeth II. und ihren Mann, Prinz Philip, aber mit allen vier Kindern. Die beiden ältesten Söhne, Prinz William und Thomas Parker Bowles, waren sogar Trauzeugen der bewusst schlicht gehaltenen Zeremonie.

Seither ist Camilla mit all ihren Schirmherrschaften und Auftritten für die Königin zur unentbehrlichen Stütze geworden. Zum Dank darf sich Camilla dereinst, wenn sie will, selbst „Königin“ nennen lassen. Sie wäre dann „Queen Consort“, also Königsgemahlin, so wie Elisabeths Mutter und Großmutter. Diese Ehre hat, wie es Tradition ist, Elisabeth II. selbst ihrem Mann verlehrt, der an ihrer Seite nicht König, sondern nur Prinzgemahl war. PETER-PHILIPP SCHMITT



Stuhlleihen: Vorbereitungen auf die Bundesversammlung am Sonntag Foto dpa

Draghi braucht die starke Mitte

Italiens Ministerpräsident sucht für seine Wiederwahl eine neue Koalition / Von Matthias Rüb, Rom

Am Sonntag vor einem Jahr wurde Mario Draghi als Ministerpräsident vereidigt. Draghi führt eine breite Koalition fast aller maßgeblichen Parteien, die einzige Oppositionspartei von nennenswerter Größe sind die postfaschistischen „Brüder Italiens“ unter der Führung von Giorgia Meloni. Da die Legislaturperiode regulär bis März 2023 dauert, hat für den früheren EZB-Präsidenten so etwas wie die zweite Hälfte seiner Amtszeit begonnen. Da Draghi Ende Januar mit seinem Versuch gescheitert ist, als Nachfolger von Sergio Mattarella ins Amt des Staatspräsidenten aufzusteigen, um dort sieben Jahre die Politik des Landes mitgestalten zu können, scheint er nun einen „Plan B“ zu verfolgen: die Wiederwahl als Regierungschef bei den Parlamentswahlen in gut einem Jahr.

Der erste Schritt auf diesem Weg führt hinaus zum Palazzo Chigi, dem Amtssitz italienischer Ministerpräsidenten. Von dort ist zu hören, Draghi werde in den kommenden Monaten mehr durchs Land reisen als bisher. Sein Besuch in Genua vom Mittwoch war die erste Etappe. Als nächste Stationen sind Venedig und Florenz geplant. Ziel ist es, das Image des kompetenten Technokraten, der sich in die Akten vertieft und in Pandemiezeiten kühl Entscheidungen trifft, um das Bild vom Landesvater zu ergänzen, der die Nation auch nach dem Ende des Notstands führen kann.

In Genua besuchte Draghi die Gedenkstätte für die Opfer der Brückenkatastrophe vom August 2018 und traf sich mit Hinterbliebenen. Außerdem schaute er im Hafen und bei der Tunnelbaustelle für

die Schnellbahnstrecke zwischen Genua und Mailand vorbei. Und natürlich sprach er mit dem ligurischen Regionalpräsidenten Giovanni Toti. Der Ministerpräsident verband praktizierte Bürger-nähe mit der Inspektion wichtiger Infrastrukturprojekte und politischer Beziehungspflege.

Toti gehört – wie die Regionalpräsidenten der beiden nächsten Reiserestati-

Mit dem Königsmacher Renzi ist bei der Bildung einer Parteienallianz immer zu rechnen.

onen Draghis – zu den politischen Schlüsselfiguren für das Projekt Wiederwahl. Toti hat jüngst gemeinsam mit Luigi Brugnaro, Bürgermeister von Venedig, die Mitte-rechts-Partei „Coraggio Italia“ gegründet. Regionalpräsident von Venetien ist Luca Zaia, der zum gemäßigten und europafreundlichen Flügel der rechtsnationalen Lega unter Führung des früheren Innenministers Matteo Salvini gehört. Und in Florenz herrscht der Sozialdemokrat Eugenio Giani.

Es sind diese und weitere Elemente aus der notorisch fluiden italienischen Parteienstruktur, mittels derer sich das „große Loch“ in der Mitte der politischen Landschaft Italiens füllen und die politische Bipolarität überwinden ließe. Und es braucht eine starke Mitte von gemäßigten europafreundlichen Kräften als

Basis für die Mission Wiederwahl des parteilosen Regierungschefs.

Rechts der Mitte kann Draghi fest mit der Unterstützung von Silvio Berlusconi christlich-demokratischer Partei Forza Italia rechnen. Berlusconi hat den Schmerz des Scheiterns bei seinem eigenen Versuch, Mattarella im Präsidentenamt abzulösen, inzwischen überwunden und nimmt für sich die „Neugründung“ des Mitte-rechts-Lagers in Anspruch. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Lega, in der Parteichef Salvini eine Richtungsentscheidung treffen muss. Der gemäßigte Flügel um die Präsidenten der Nordregionen Venetien, Friaul-Julisch Venetien, Lombardei und Piemont sieht die Zukunft der Lega als konservative Stimme der politischen Mitte und nicht – wie Parteichef Salvini – am nationalistisch-europaskeptischen rechten Rand. Dort stehen Melonis „Brüder Italiens“ mit rund 20 Prozent Wählerzustimmung zwar als potentiell stärkste politische Einzelkraft, aber eben tendenziell isoliert, sollte das Projekt der neuen politischen Mitte Gestalt annehmen.

Auf der Linken steht, gewissermaßen als Gründungsmitglied der neuen Mitte, die Kleinpartei „Italia Viva“ des früheren Ministerpräsidenten Matteo Renzi. Der nach wie vor gut vernetzte Instinkt-politiker Renzi hatte durch den Sturz von Ministerpräsident Giuseppe Conte vor gut einem Jahr erst den Weg für Mattarella freigemacht. Mit dem „ewigen“ Königsmacher Renzi ist immer zu rechnen, und Draghi könnte Renzi in einem zweiten Kabinett mit einem schönen Posten belohnen.

Was für die Lega auf der Rechten gilt, trifft für die Fünf-Sterne-Bewegung auf der Linken zu: Der gemäßigte Flügel tendiert zur Mitte der informellen Draghi-Koalition, während die Radikalen eine Erneuerung der Bewegung in der Opposition am linken Rand wünschen. Außenminister Luigi Di Maio könnte mit seiner Gefolgschaft von signifikanter Größe die Fünf Sterne verlassen und eine eigene links-zentristische Partei gründen. Dem früheren Regierungschef Conte droht mit dem Rumpf der Fünf-Sterne-Bewegung das gleiche Schicksal wie Giorgia Meloni auf der Rechten: Die strikte Weigerung – aus persönlichen oder politischen Gründen –, Draghi bei einer möglichen Bewerbung um die Wiederwahl 2023 zu unterstützen, könnte sie langfristig von der Teilhabe an der Macht ausschließen.

Als „natürlicher“ Partner stehen Draghi bei dessen Suche nach einer neuen (Koalition der) politischen Mitte die Sozialdemokraten unter der Führung von Enrico Letta zur Seite. Mit rund 20 Prozent Wählerzustimmung sind die Sozialdemokraten eine feste Größe, die zudem von der politischen Großwetterlage in anderen wichtigen EU-Staaten profitiert. Sofern es bis zu den Wahlen im März 2023 keine Führungskämpfe in der Partei und auch keine akute Wirtschaftskrise gibt, dürfte das Wählerpotential der Sozialdemokraten sogar noch wachsen. Für Ministerpräsident Mario Draghi ist mit der zweiten Hälfte seiner ersten Amtszeit zugleich der Wahlkampf für eine mögliche zweite Amtsperiode angebrochen.

6. MAI 2022

ZWISCHEN DEN ZEILEN DER F.A.Z.-KONGRESS

Neue Horizonte

Wie will sich Deutschland in der Welt positionieren, welche Schlussfolgerungen müssen wir aus der Pandemie ziehen, welche technologischen Herausforderungen verändern unser Leben, und wie sieht die Zukunft unseres Wirtschaftens und unseres Finanzsystems aus, wie sichern wir unsere Lebensweise und Wohlstand? Welche Rezepte haben wir für die großen Herausforderungen dieses Jahrzehnts? Diese und weitere Fragen der Zukunft diskutieren wir mit Ihnen gemeinsam.

Die Herausgeber, Redakteurinnen und Redakteure der F.A.Z. sprechen mit prominenten klugen Köpfen z.B. über den gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Aufbruch nach der Pandemie.

Besuchen Sie unseren diesjährigen F.A.Z.-Kongress im Kap Europa in Frankfurt, oder schalten Sie sich bequem digital von zu Hause zu. Sichern Sie sich jetzt Ihre Teilnahme, und registrieren Sie sich unter www.fazkongress.de.



XL-Packungen zum XS-Preis: Die Supermarktketten überbieten sich derzeit wieder mit Fleischangeboten. Bei Kaufland gibt es die Großpackung Schweinehackfleisch, 1,2 Kilogramm, für nur 3,79 Euro. 43 Prozent Rabatt sollen das sein. Und auch Lidl lockt: 500 Gramm frische Putenschnitzel aus Deutschland und Haltungsstufe 2 für gerade mal 3,49 Euro, 80 Cent günstiger als sonst.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) hat seit seinem Amtsantritt wiederholt gesagt, dass es „Ramschpreise“ für Lebensmittel bald nicht mehr geben soll. Ein Forscherteam aus verschiedenen europäischen Ländern hat nun ausgerechnet, um wie viel die Fleischpreise in Industrieländern steigen müssten, wenn nicht nur die reinen Herstellungskosten, sondern auch die Kosten für die Umwelt eingepreist würden. Ihr Fazit: um bis zu 60 Prozent.

Die globalen Umweltkosten für ein Kilogramm Rindfleisch veranschlagen die Umwelt- und Wirtschaftswissenschaftler von den Universitäten Oxford, Göteborg und Toulouse auf 5,76 bis 9,21 Dollar, umgerechnet etwa 5 bis 8 Euro. Damit liegt diese Fleischsorte – wenig überraschend angesichts des großen Futterbedarfs von Rindern und ihrer Methan-Ausscheidungen – mit Abstand an der Spitze. Für Schweinefleisch kommen die Forscher auf einen Betrag von 1,94 Dollar je Kilogramm, für Geflügel auf 1,51 Dollar. Für Lamm taxieren sie die Umweltkosten auf 3,71 Dollar, allerdings wird das zumindest in Deutschland nur wenig gegessen.

„Die Schätzung ist eher konservativ, weil sie die sozialen Kosten durch den Verlust von Biodiversität und die gesundheitlichen Effekte durch nutztierbedingte Luftverschmutzung nicht berücksichtigt“, heißt es in dem Arbeitspapier mit dem Titel „Is Meat Too Cheap? Towards Optimal Meat Taxation“. Die Forscher betonen, dass es schwer sei, eine angemessene Fleischsteuer zu definieren. Als eine erste grobe Schätzung schlagen sie aber eine Erhöhung der Handelspreise in Ländern mit hohen Einkommen „zwischen ungefähr 20 und 60 Prozent“ vor.

Das wäre deutlich mehr als die Beträge, die bislang politisch diskutiert werden. Özdemir brachte kürzlich in einer Talkshow eine ältere Forderung der Grünen wieder ins Spiel, die Mehrwertsteuer auf Fleisch zu erhöhen. Statt des ermäßigten Satzes von 7 Prozent sollen die vollen 19 Prozent fällig werden. Allerdings sind Steuern nicht zweckgebunden. Die Grünen wollen aber erreichen, dass die Zusatzeinkommen den Landwirten zugutekommen. Dies ließe sich über eine Tierwohlabgabe erreichen, wie sie eine Expertenkommission um den früheren Landwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU) ins Spiel gebracht hat. 40 Cent je Kilo Fleisch, 15



Kein Ramschprodukt: Schwein im Stall

Foto Daniel Pilar

Der wahre Preis des Fleisches

Wie teuer müsste Fleisch sein, wenn auch die Kosten für die Umwelt eingepreist würden? Was Forscher vorschlagen, geht über die Pläne der Politik weit hinaus. *Von Julia Löhr, Berlin*

Cent je Kilo Wurst, Käse und Butter sowie 2 Cent auf Milchprodukte waren ihr Vorschlag. Für den Durchschnittshaushalt schätzte das Landwirtschaftsministerium die Mehrausgaben auf 35 Euro im Jahr.

„Höhere Preise führen nicht automatisch zu höheren Standards und auch nicht zu höheren Einkünften für die Landwirte“,

warnet der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch gegenüber der F.A.Z. Er plädiert für eine „gute Mischung aus ordnungsrechtlichen Vorgaben, finanziellen Anreizen und mehr Transparenz“. Ein wichtiges Element sei das von der Ampelkoalition geplante Tierwohllabel. Dieses solle nun „verbindlich

und verpflichtend“ kommen. Özdemirs Vorgängerin Julia Klöckner (CDU) hatte eine verpflichtende Fleischkennzeichnung mit Verweis auf EU-Recht abgelehnt.

Die ebenfalls von der großen Koalition eingesetzte Zukunftskommission Landwirtschaft hat den Finanzbedarf für eine „Nachhaltigkeitsorientierung der deutschen Landwirtschaft“ auf 7 bis 11 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Der größte Posten sind dabei bessere Lebensbedingungen für Schweine, Rinder und Geflügel mit 4,1 Milliarden Euro im Jahr. Zweitwichtigster Punkt ist die Ausweitung der Biolandwirtschaft, für die jährlich bis zu 2,4 Milliarden Euro veranschlagt werden. Die Kommission merkte aber auch an, dass grundsätzlich eine stärker pflanzenbasierte Ernährung wünschenswert sei.

Darauf zielt auch das europäische Forscherteam am Ende seines Arbeitspapiers ab, konkret: auf pflanzenbasierten Fleischersatz, wie es ihn etwa aus Soja oder Erbsenproteinen schon vielfach in Supermärkten gibt. Angesichts der „multiplen globalen Umweltprobleme“ der Nutztierhaltung raten sie dazu, zu erforschen, wie die Politik die pflanzlichen Alternativen am besten fördern könnte.

Deutsche Konzernchefs suchen Putins Nähe

Geplantes Videotelefonat inmitten der Ukraine-Krise / FDP übt Kritik, Habeck schweigt

mkwa./pen./loe. FRANKFURT/BERLIN/MOSKAU. Wenn nicht gerade eine Pandemie dazwischenkommt, treffen sich rund 20 deutsche Topmanager einmal im Jahr mit Russlands Präsident Wladimir Putin. Mal im Kreml, mal in Putins Lieblingsresidenz in Sotschi. Anderthalb bis drei Stunden dauert der Austausch über die deutsch-russische Wirtschaft und gemeinsame Projekte. Immer wieder hat das Treffen für Kritik gesorgt – etwa 2019, als die Bundesanwaltschaft gerade wegen eines Mordes im Berliner Tiergarten ermittelte, der schon damals nach einem Auftrag des Kremles aussah, was das Gericht später auch bestätigte. In diesem Jahr soll die Gesprächsrunde Anfang März als Videotelefonat stattfinden – obwohl Russland, wie viele im Westen befürchten, jederzeit den Angriffsbefehl auf die Ukraine geben könnte.

Der Veranstalter, der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, hat sich abgesichert: Schon im Vorfeld habe es eine enge Abstimmung mit der Bundesregierung gegeben, hieß es aus dem Verband. Eine Situation wie in Italien, wo die Regierung kürzlich die Organisatoren eines ähnlichen Termins vergeblich um eine Absage gebeten hatte, kann man sich beim Ost-Ausschuss nicht vorstellen. Bis 2013 fanden die Treffen mit Putin noch im Rahmen von Regierungskonsultationen statt, die wegen Russlands Übergriffen auf die Ukraine 2014 ausgesetzt wurden. Danach wurden sie im neuen Format – nun ohne Bundeskanzlerin oder Wirtschaftsminister – weitergeführt. Man müsse reden, auch in schwierigsten Zeiten, heißt es aus dem Ost-Ausschuss.

Das sehen in Berlin nicht alle so: „Natürlich ist es grundsätzlich sinnvoll, miteinander im Dialog zu bleiben. Dennoch hätte ich mir von den Unternehmen im Ost-Ausschuss mehr Sensibilität für die aktuelle Situation gewünscht“, sagt Lukas Köhler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP und Klima-

und Energiefachmann seiner Partei. „Angesichts der unverhohlenen Drohungen Russlands gegen die Ukraine ist business as usual sicher nicht der richtige Weg“, sagte Köhler. „Es wäre ein angemessenes Signal in Richtung Putin gewesen, das diesjährige Treffen abzusagen und dem russischen Präsidenten keine hochrangige Plattform der Art zu bieten, wie er sie gewöhnlich für seine Propagandazwecke zu nutzen weiß.“ Eine Sprecherin von Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) wollte die geplante Veranstaltung des Ost-Ausschusses dagegen nicht kommentieren. „Das ist ein eingetragener Verein, der für seine Veranstaltungen und Termine die Verantwortung trägt“, sagte sie.

Welche Unternehmenschefs an dem Gespräch teilnehmen werden, ist noch nicht klar. Öffentlich zugesagt haben bisher der Chef des Handelskonzerns Metro, Steffen Greubel, und Christian Bruch, Chef von Siemens Energy. Im Ost-Aus-

schuss heißt es, unter den wichtigsten Investoren sei das Interesse an der Veranstaltung groß; im Präsidium der Lobbygruppe sitzen etwa noch Bayer-Vorstandschef Werner Baumann, Bilfinger-Aufsichtsratschef Eckhard Cordes und Fleischfabrikant Clemens Tönnies. Auch Siemens, VW und Daimler, Henkel und der Industriegasekonzern Linde gehören zu den aktivsten deutschen Konzernen in Russland.

Ein Thema, das bei dem Gespräch in diesem Jahr eine Rolle spielen dürfte, sind die medizinischen Zwangsuntersuchungen, denen sich Expats in Russland neuerdings unterziehen müssen. Alle Ausländer, die zu Arbeitszwecken nach Russland kommen, müssen nach aktueller Gesetzeslage regelmäßige Blut- und Röntgenuntersuchungen durchlaufen; auch Familienangehörige sind betroffen, darunter Kinder von sieben Jahren an. Die deutsch-russische Auslandschwerindustrie (AHK), die sonst stets bemüht

ist, Optimismus über die Lage der Wirtschaftsbeziehungen zu verbreiten, meldete kürzlich, die Zwangstests seien ein Grund dafür, dass immer mehr deutsche Firmen das Land verlassen: Waren 2011 noch 6300 deutsche Unternehmen in Russland gemeldet, sank der Wert bis 2021 um 42 Prozent auf nur noch 3651 Firmen. AHK-Chef Matthias Schepp nannte gegenüber der F.A.Z. die schlechte politische Lage als einen der entscheidenden Faktoren; bei vielen im Westen gelte Russland inzwischen als „toxisch“, das wirke sich auch auf die Attraktivität eines Standorts aus. Die Firmen, die bleiben, verdienen aber „gutes Geld“; von den großen Unternehmen werde wohl keines wegen der Zwangstests das Land verlassen. Ohnehin sei die AHK zuversichtlich, dass es gelingen werde, die neue Regelung abzuschwächen oder ganz zu kippen. Dem Ost-Ausschuss zufolge lag Russland 2021 mit einem Handelsvolumen von knapp 60 Milliarden Euro an dritter Stelle der wichtigsten osteuropäischen Handelspartner Deutschlands.

Seit einigen Jahren spüren die deutschen Unternehmen in Russland immer deutlicher die Folgen des russischen Protektionismus: Seit 2014 bemüht sich die russische Regierung, die Wirtschaft vom Westen unabhängig zu machen. Als Antwort auf die westlichen Sanktionen wegen des Ukraine-Konflikts hat sie etwa die Einfuhr verschiedener Lebensmittel aus europäischen Ländern verboten, um die eigene Landwirtschaft zu fördern. Ausländische Unternehmen werden zudem zur Verlagerung ihrer Produktion nach Russland gedrängt; einige lokale Kunden bevorzugen schon russische Anbieter. Eine weitere Gesetzesinitiative will nun die Rechte von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung beschränken und sie von bestimmten Ausschreibungen ausschließen. Sollte das Vorhaben umgesetzt werden, wäre das ein weiteres „sehr schlechtes Signal“ für das Geschäftsklima, sagt AHK-Chef Schepp.



Deutsch-russische Wirtschaft und Politik an einem Tisch im Jahr 2018 Foto Imago



Politische Preise

Von Julia Löhr

Abriegeln für Freiheit

Von Winand von Petersdorff

Diese Zahl ist ganz nach dem Geschmack von Klimaschützern: Um bis zu 8 Euro müsste ein Kilo Fleisch im Supermarkt nach Berechnungen von Forschern teurer werden. Erst dann würde der Preis alle Kosten, auch die für die Umwelt, widerspiegeln. Eine solche Vollkostenrechnung ließe sich auch für andere Produkte durchspielen. 5 Euro für einen Blumenstrauß oder 10 Euro für ein T-Shirt bilden ebenfalls nur einen Teil der entstandenen Kosten ab. Doch nicht alles, was Wissenschaftler berechnen, ist auch politisch mehrheitsfähig. Schon eine Tierwohlabgabe von 40 Cent je Kilogramm Fleisch oder eine Anhebung der Mehrwertsteuer werden kontrovers diskutiert. Landwirtschaftsminister Cem Özdemir steht vor der schwierigen Aufgabe, die Landwirtschaft nachhaltiger, aber nicht zu teuer zu machen. Angesichts der ohnehin schon hohen Inflationsrate sind politische Preisaufschläge für bestimmte Produkte heikler denn je. Das gilt insbesondere für Özdemirs Partei, die Grünen. Wenn sie wirklich Volkspartei werden wollen, dürfen sie nicht nur eine Politik für Besserverdiener machen.

In Ottawa legt eine Handvoll Persönlichkeiten den Verkehr lahm, um ihrer politischen Botschaft Ausdruck zu verleihen. Blockaden als Freiheitskampf zu verkaufen ist jedoch geradezu paradox. Sie sind kein legales Mittel der politischen Auseinandersetzung, werden aber oft geduldet, besonders wenn sie auch zum traditionellen Kampfansatz von Regierungsparteien gehören. Politiker reagieren zudem auf die Aufmerksamkeit, die Provokateure von Trubel und Aufruhr in der Mediendemokratie zweifelsohne generieren. Wer nimmt schon die Betroffenen wahr, die zu spät zur Arbeit, zur Fabrik, ins Krankenhaus oder zur Familie kommen? In Kanada haben weniger als hundert Demonstranten die wichtigste Handelsverbindung zwischen Kanada und den USA abriegelt. Fabriken auf beiden Seiten der Grenzen haben ihre Produktion gedrosselt mangels Zulieferungen. Bewundern könnte man die Duldsamkeit der kanadischen Behörden im Umgang mit Demonstranten, die schon seit zwei Wochen den Verkehr der Hauptstadt Ottawa behindern – aber nur so lange, bis man sich fragt: Wo kommen wir denn da hin?

Geldregen für Start-ups

Von Antonia Mannweiler

Für Start-ups hat es nie eine bessere Zeit gegeben, Geld für ihre Ideen zu erhalten. Im vergangenen Jahr haben sie weltweit eine Rekordsumme von 675 Milliarden Dollar von Investoren eingesammelt. Im Wochentakt wird eine neue Megafinanzierungsrunde ab 100 Millionen Dollar bekannt gegeben. Und während es vor zehn Jahren gerade einmal 31 Einhornern gab – so werden die nicht an der Börse notierten Start-ups mit einer Bewertung von mehr als einer Milliarde Dollar genannt –, sind es aktuell mehr als 900. Die Marke von 1000 Einhornern dürfte in diesem Tempo noch 2022 geknackt werden.

Doch das viele Geld, das aktuell in die Jungunternehmen gepumpt wird, weckt unschöne Erinnerungen an die Dotcom-Krise, als es langte, ein „com“ im Namen zu tragen, um Millionen einzusammeln. Die Abwärtsspirale von Tech-Aktien in den vergangenen Wochen lässt die Nervosität weiter steigen. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Bewertungen der vielen Einhornern mittlerweile zu hoch sind. So hat ein Großteil der Start-ups 2021 bei ihren Exits – also bei Börsengang oder Verkauf – deutlich weniger eingenommen, als es die hohen Bewertungen hätten erwarten lassen.

Eines der wohl bekanntesten Beispiele für diese Diskrepanz lieferte der US-Büroraum-Vermittler Wework. Der japanische Risikokapital-Riese Softbank steckte Milliarden in das aufstrebende Start-up und jazzte die Bewertung im Jahr 2019 auf 47 Milliarden Dollar hoch. Es zeigte sich jedoch schnell Risse, sowohl in der Führung des Unternehmens als auch in dem Geschäftsmodell. Heute wird Wework an der Börse nur noch mit 5 Milliarden Dollar bewertet, und selbst das erscheint fast zu hoch bei einem Quartalsminus von mehr als 3 Milliarden Dollar.

Beispiele wie die von Wework sind alarmierend. Doch von einer Start-up-Blase zu sprechen ist voreilig. Dass Wagniskapitalgeber ins Risiko gehen und auf die Zukunft wetten, ist nicht neu. Das Spiel mit dem Feuer gehört zu ihrem Geschäftsmodell. Immerhin neun von zehn Start-ups scheitern. Das Verhältnis ändert sich nicht plötzlich, nur weil mehr Geld in die jungen Firmen fließt. Wenn die Geldgeber mehr Start-ups mit Kapital ausstatten, werden absolut auch mehr Unternehmen scheitern. Für einige Start-ups kann das aber auch dazu führen, dass sie nicht auf halber Strecke verdursten müssen, weil ihnen auf den letzten Metern eine dringend benötigte Kapitalspritze fehlt.

Zudem ist durchaus zu beobachten, dass nicht jeder Idee Geld hinterhergeschmissen wird. Im Gegenzug den

Guten dafür aber oft zu viel. Im vergangenen Jahr legten die Summen zu – nicht aber im gleichen Verhältnis die Anzahl der Deals.

Dass es für die Start-ups aktuell regelrecht Geld regnet, hat verschiedene Gründe, allerdings nicht etwa die Irrationalität der Investoren. In Europa und vor allem in Deutschland waren die Start-ups lange chronisch unterfinanziert – und unterbewertet. Das lockt aktuell die großen Wagniskapitalgeber aus den USA und aus Asien an. Deren Kassen sind derzeit bis zum Rand gefüllt, die Renditealternativen im Niedrigzinsumfeld dagegen beschränkt. Der Immobilienmarkt ist

Investoren stecken viel Kapital in junge Firmen. Das weckt Erinnerungen an die Dotcom-Krise.

aufgebläht, am Aktienmarkt herrschen in einigen Sektoren schon extrem hohe Bewertungen, am Anleihemarkt lassen sich noch immer nur kümmerliche Renditen erzielen.

Die deutschen Start-ups haben davon saftig profitiert. Sie sammelten im vergangenen Jahr mit 17,4 Milliarden Euro mehr als dreimal so viel ein wie im Jahr zuvor. Das wachsende Interesse der ausländischen Investoren hilft, das Potential auszuschöpfen, das schon lange hierzulande schlummert. Dass der Start-up-Standort Deutschland so lange weit abgeschlagen hinter dem Londoner Hub zurückgefallen ist, lässt sich auch mit dem fehlenden Kapital der vergangenen Jahre erklären. Denn gerade in den späten Wachstumsphasen braucht es hohe Summen jenseits der 10 Millionen Dollar, die deutsche Investoren nicht stemmen konnten. Dass sich dieser Engpass nun auflöst, ist eine erfreuliche Entwicklung.

Corona und die beschleunigte Digitalisierung haben vielen Start-ups einen Schub verschafft. Den Wachstumsphantasien der Investoren sind keine Grenzen gesetzt, dem echten Wachstum dagegen schon. Auch den Start-ups sollte an einer realistischen Einschätzung ihres Geschäftsmodells gelegen sein. Eine hohe Bewertung lockt, weil sie mehr Geld in die Kassen spült, ohne mehr Kontrolle abgeben zu müssen. Sie kann aber auch zum Gift für die Unternehmen werden, wenn sie die zu hoch gesteckten Ziele verfehlen und frisches Kapital benötigen. Dann dürfte kaum ein Investor bereit sein, eine niedrigere Bewertung als in der vorangegangenen Finanzierungsrunde zu akzeptieren.

RECHT AUF ANALOGES LEBEN

Die Pandemie hat die Digitalisierung rasant vorangetrieben. Das lässt ältere Menschen außen vor.

Seite 23

GEFECHE IM KARTELLRECHT

Das Biotech-Unternehmen Illumina verheddert sich bei einer zu schnellen Übernahme.

Seite 27

GALERIA BEKOMMT WIEDER GELD

Warum das Warenhaus das seiner Meinung nach verdient hat, erklärt der Konzernchef im Interview.

Seite 30